

Verteiler

- Das Protokoll wird als PDF an die Liste der Piratenpartei Mittelhaardt gesendet:
RLP-Neustadt@lists.piratenpartei.de
- Das Protokoll wird auch ins Wiki eingetragen:
[http://wiki.piratenpartei.de/Kategorie:Protokoll Rheinland-Pfalz](http://wiki.piratenpartei.de/Kategorie:Protokoll_Rheinland-Pfalz)

Teilnehmer

- 11 stimmberechtigte Teilnehmer

Ergebnis-Protokoll

Anlass: ordentlicher Kreisparteitag

Datum: 22.10.2011

Zeit: Von 14.10 Uhr bis 19.45 Uhr

Ort: Brauhaus
Martin-Luther Str. 60, 67433 Neustadt an der Weinstraße

Protokollant: Frank Behr

Top 1: Eröffnung der Versammlung und Vorstellung der Tagesordnung

- Die Versammlung wird von Marcus Bach eröffnet.
- Er stellt die Tagesordnung vor.

Top 2: Wahl der Kreisparteitagsämter

- Vincent Thenhart stellt sich zur Wahl als Versammlungsleitung.
Er wird mehrheitlich zum Versammlungsleiter gewählt.
 - Frank Behr stellt sich zur Wahl als Protokollant.
Er wird mehrheitlich zum Protokollant gewählt.
 - Michael Kunz stellt sich zur Wahl als Wahlleiter.
Er wird mehrheitlich zum Wahlleiter gewählt.
-

Top 3: Beschluss der Geschäftsordnung

- Die bisherige Geschäftsordnung wird vorgeschlagen.
Es wird einstimmig diese Geschäftsordnung beschlossen.
-

Top 4: Abstimmung der Tagesordnung

- Es wird folgende Tagesordnung einstimmig beschlossen:
 1. Eröffnung der Versammlung & Vorstellung Tagesordnung
 2. Wahl der Kreisparteitagsämter
 3. Beschluss der Geschäftsordnung
 4. Abstimmung Tagesordnung
 5. Satzungsänderungsanträge
 6. Rechenschaftsberichte des Vorstandes
 7. Bericht der Kassenprüfer
 8. Entlastung des Vorstandes
 9. Wahl des neuen Kreisvorstandes
 10. Wahl der Kassenprüfer für die neue Amtsperiode
 11. Programmanträge an den Parteitag
 12. Sonstige Anträge an den Parteitag
 13. Sonstiges
-

Top 5: Satzungsänderungsanträge

- Die 2/3-Mehrheit ist mit 8 abgegebenen Ja-Stimmen erreicht.
- Antrag: Es wird beantragt, dass in §9a Absatz 1 Satz 2 der Wortlaut "einem oder mehreren Stellvertretern" durch "einer in §9a (2) geregelten Anzahl an Stellvertretern" ersetzt wird.
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
- Antrag: Es wird beantragt, dass in §9a Absatz 2 der Wortlaut "oder die Gründungsversammlung" ersatzlos gestrichen wird. Des Weiteren wird beantragt, dass in ebendiesem der Wortlaut "der Beisitzer " ersatzlos gestrichen wird.
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ergebnis-Protokoll

Piratenpartei Deutschland
Kreisverband Mittelhaardt



- Antrag: Es wird beantragt, dass in §9a Absatz 3 der Wortlaut "seine Stellvertreter" durch "etwaige Stellvertreter, der Politische Geschäftsführer" ersetzt wird.
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
- Antrag: Es wird beantragt, dass in §9b Absatz 2 der Wortlaut "Abstimmungen" durch "Beschlüsse" ersetzt wird.
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
- Antrag: Es wird beantragt, dass in §9b Absatz 9 der Wortlaut "oder stellvertretenden Vorsitzenden" durch „oder einem Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes“ ersetzt wird.
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
- Antrag: Es wird beantragt, dass die Überschrift des §12 durch "Einberufung der Kreisvorstandssitzungen" ersetzt wird.
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
- Antrag: Es wird beantragt, dass in §12 Absatz 1 der Wortlaut "seiner Stellvertreter" durch "anderen Vorstandsmitglied" ersetzt wird.
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
- Antrag: Es wird beantragt, dass in §12 Absatz 3 der Wortlaut "Parteiöffentlichkeit" durch "Öffentlichkeit" ersetzt wird.
Der Antrag ist angenommen.
- Antrag: Es wird beantragt, dass in §11 Absatz 4 der Wortlaut "parteiöffentlich" durch "grundsätzlich öffentlich" ersetzt wird. Des Weiteren wird beantragt, dass in ebendiesem der Wortlaut "Parteiöffentlichkeit" durch "Öffentlichkeit" ersetzt wird.
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
- Antrag: Es wird beantragt, dass §11 Absatz 4 durch folgenden Wortlaut ersetzt wird: "Der Kreisvorstand tagt grundsätzlich öffentlich. Nähere Regelungen, insbesondere zum Ausschluss der Öffentlichkeit bzw. der Parteiöffentlichkeit regelt die Geschäftsordnung des Kreisvorstandes."
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
- Antrag: Es wird beantragt, dass §11 Absatz 4 durch folgenden Wortlaut ersetzt wird: "Der Kreisvorstand tagt grundsätzlich öffentlich. Nähere Regelungen, insbesondere zum Ausschluss der Öffentlichkeit bzw. der Parteiöffentlichkeit regelt die Geschäftsordnung des Kreisvorstandes. Die Parteiöffentlichkeit darf nur aus besonderen Gründen ausgeschlossen werden."
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Top 6: Rechenschaftsberichte der Vorstände

- Der Vorsitzende Marcus Bach hält seinen Rechenschaftsbericht.
 - Die Stellvertretende Vorsitzende Victoria Schmitt hat weder mündlich noch schriftlich einen Rechenschaftsbericht abgelegt.
 - Der Schatzmeister Lars Matti hält seinen Rechenschaftsbericht.
 - Der Politische Geschäftsführer Vincent Thenhart hält seinen Rechenschaftsbericht.
 - Der Beisitzer Philipp Krapp hat seinen Rechenschaftsbericht schriftlich vorgelegt, er wird verlesen.
 - Alle Rechenschaftsberichte werden dem Protokoll beigelegt.
-

Top 7: Bericht der Kassenprüfer

- Es wird über die Prüfung der Kasse berichtet.
 - Schriftliche Bericht liegt dem Protokoll bei.
-

Top 8: Entlastung des Vorstandes

- Markus Heinke und Normen Schüpferling werden als Rechnungsprüfer vorgeschlagen.
Beide werden mehrheitlich gewählt.
 - Die Rechnungsprüfer stellen ihren Bericht über die Prüfung vor.
 - Es wird die Entlastung des Vorstandes beantragt.
Der Vorstand wird mehrheitlich entlastet.
-

Top 9: Wahl des neuen Kreisvorstandes

- Antrag: Die Vorstandsgröße wird auf vier Personen festgelegt, davon ein Beisitzer und kein Stellvertreter.
Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.
- Es stellen sich folgende Kandidaten zur Wahl:
Vorsitzender – Marcus Bach
Schatzmeister – Lars Matti
Politischer Geschäftsführer – Vincent Thenhart
Beisitzer – Harald Jeschke

- Der Wahlleiter ernennt einen Wahlhelfer.
- Der Wahlleiter leitet die Wahl ein.
- Alle Kandidaten wurden in das jeweilige Amt gewählt.
- Das Wahlprotokoll ist dem Protokoll beigelegt.

Top 10: Wahl der Kassenprüfer für die neue Amtsperiode

- Markus Heinke und Normen Schüpferling werden vorgeschlagen.
Beide werden mehrheitlich gewählt.

Top 11: Programmanträge

- Antrag: Im Kommunalen Parteiprogramm wird unter dem Punkt „Bürgerbeteiligung und politische Transparenz“ der Punkt „Einführung von Bürgerhaushalten in den Kommunen“ angefügt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- Antrag: Im Kommunalen Parteiprogramm wird unter dem Punkt „Genehmigungspflicht für Videoüberwachung“ folgender Wortlaut gestrichen: „Seit einiger Zeit ist in Neustadt am Haltepunkt Böbig und am Saalbau eine Überwachungskamera montiert. Die Kamera am Saalbau soll aufgrund des großen Widerstands bald demontiert werden, aber wie eine Stadtratsfraktion schon angekündigt hat wird es in naher Zukunft wieder das Vorhaben geben, an dieser Stelle die Videoüberwachung einzuführen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- Antrag: Im Kommunalen Parteiprogramm wird folgender Punkt hinzugefügt:

„Öffentlicher Personennahverkehr
Flächendeckend behindertengerechte Busse einsetzen

Im öffentlichen Personennahverkehr der Region werden noch immer Busse mit einem hohen Einstieg eingesetzt. Da jedoch gerade ältere und behinderte Menschen auf diese Art der Fortbewegung angewiesen sind, ist ein unbeschwerter Einstieg in die Busse nötig. Wir fordern daher, dass flächendeckend Niederflurbusse oder andere Busse mit einem stufenlosen Einstieg eingesetzt werden. Damit auch sehbehinderte Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen können ist es notwendig, dass die Busse mit Ansagen zur aktuellen Haltestelle ausgestattet werden, wie es bereits in Zügen üblich ist.“

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- Antrag: Dem Kommunalen Parteiprogramm wird folgender Punkt hinzugefügt:

„Park and Ride

Zur Entlastung der Innenstadt soll ein Park and Ride System in Neustadt eingeführt werden. Auf einer der großen Flächen am Rande Neustadts wird dazu ein Parkplatz eingerichtet, Parkgebühren fallen hierfür keine an. Eine spezielle Buslinie soll diesen Parkplatz dann mit wichtigen Örtlichkeiten Neustadts, wie z.B. Hauptbahnhof, Innenstadt und Friedhof, regelmäßig mit kurzfristiger Taktung verbinden.“

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- Antrag: Dem Kommunalen Parteiprogramm wird folgender Punkt hinzugefügt:

„Bedarfsgerechtes Angebot

Es sind die benötigten Kapazitäten des Einsatzes von Bussen auf den bestehenden Buslinien und für eventuell benötigte neue Buslinien durch eine unabhängige Stelle zu ermitteln und bedarfsgerecht auszubauen, gegebenenfalls einzusparen.“

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- Antrag: Dem Kommunalen Parteiprogramm wird folgender Punkt hinzugefügt:

„Fahrgastrechte im Busverkehr

Fahrgastrechte sind ein essentieller Bestandteil einer zuverlässigen Fahrgastbeförderung. Es ist daher notwendig, dass diese auch tatsächlich die Rechte der Fahrgäste stärken und im ausreichenden Maß bekannt sind.

Für viele Menschen ist der Busverkehr die einzige Möglichkeit auch in späten Stunden in die Ortsteile zu gelangen, wir fordern daher für den Busverkehr in der Region verbindliche Fahrgastrechte festzulegen. Hierzu wird eine Hotline eingerichtet, welche zu Zeiten an denen Busse verkehren erreichbar ist. Der Anruf zu dieser Nummer muss für den Fahrgast kostenfrei sein. “

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- Antrag: Dem Kommunalen Parteiprogramm wird folgender Punkt hinzugefügt:

„Wirtschaftsförderung

Das Wirtschaftsleben in Neustadt war und ist historisch durch das Umfeld geprägt: auf Verwaltung, Weinbau und Tourismus ausgerichtet. Der Bereich Verwaltung befindet sich seit den 90er Jahren auf dem Rückzug (ab 1989 Wegfall der Versicherungsverwaltungen, Wegzug von Post und Telekom, Umstrukturierung im öffentlichen Dienst).

Seitdem hat sich die Stadt einseitig auf die Förderung des Weinbaus und des Tourismus konzentriert. Neuansiedlungen von produzierendem Gewerbe waren wegen mangelndem Interesse der Verantwortlichen in der Stadtverwaltung an solchen Betrieben nicht erfolgreich. Schlechte Kommunikation zwischen Neustadter Unternehmen und der lokalen Stadtverwaltung kam in den jüngsten Umfragen der IHK klar zum Ausdruck. Während sich die Nachbargemeinden Landau, Speyer, Grünstadt, usw. wirtschaftlich positiv entwickelten,

ist Neustadt heute weitgehend deindustrialisiert, ausgewiesene Gewerbegebiete füllen sich bestenfalls mit kleinen Dienstleistungsunternehmen. Aktive Ansätze zur Ansiedlung neuer produzierender Unternehmen fehlen völlig. Wir wollen nicht das Neustadt nur noch Alters-Ruhsitz und Wohnort für Pendler wird. Wir fordern eine intensivere Bemühung um Ansiedlung von Gewerbe wie bisher. Zunächst sollten die bestehenden Maßnahmen der Stadt zur Wirtschaftsförderung extern evaluiert werden, um Verbesserungspotentiale zu ermitteln und Fehler abzustellen. “

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- Antrag: Dem Kommunalen Parteiprogramm wird folgender Punkt hinzugefügt:
„Jugend

Neustadt ist im Moment für viele junge Menschen und Familien nicht attraktiv. Es fehlt an Ladengeschäften, welche auch für jüngere Generationen ansprechend sind. Aber auch bei der Freizeitgestaltung, beispielsweise an Diskotheken oder anderen Lokalitäten mangelt es. Die Stadt Neustadt an der Weinstraße muss daher aktiv in den Dialog mit den Jugendlichen treten. Es ist zu prüfen auf welchen städtischen Grundstücken eine Ausweitung des Abendangebots stattfinden kann. Etwaige Grundstücke oder Gebäude sollen möglichen Investoren zu attraktiven Konditionen angeboten werden, z.B. die ehemalige Tanzschule Wienholdt/Nickel. Auch soll es zu möglichen Lokalitäten auch Nachts eine gute Anbindung an den örtlichen Nahverkehr geben, die Stadt Neustadt an der Weinstraße hat zu diesem Zweck dann einen speziellen Linienverkehr o. ä. einzurichten. “

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- Antrag: Dem Kommunalen Parteiprogramm wird folgender Punkt hinzugefügt:
„Infrastruktur

Modernisierung der Infrastruktur zur nachhaltigen Steigerung der wirtschaftlichen Attraktivität der Stadt und Verbesserung der Zukunftsfähigkeit. Statt in nicht benötigte Großprojekte zu investieren, die bereits im 20. Jahrhundert konzipiert wurden, setzen wir uns für folgende Infrastrukturmaßnahmen ein:

Renovierung Bahnhofsvorplatz

Anstelle eines überdimensional teuren Tunnels sprechen wir uns für eine Renovierung des bestehenden historischen Bahnhofsvorplatzes aus. Für viele Menschen bietet sich auf dem Vorplatz bei ihrer Ankunft in Neustadt kein "guter erster Eindruck". Kaputte Bodenplatten, triste graue Blumenkübel und ein Busbahnhof der die besten Jahre auch schon hinter sich hat.

Der Vorplatz muss daher saniert werden, um dem historischen Stil wieder gerecht zu werden. Auch sollen die Bushaltestellen mit Wartekabinen oder zumindest einer Überdachung ausgestattet werden.

Kanalisation

Hier sehen wir kurz bis mittelfristig Bedarf für eine grundlegende Sanierung und Kapazitätsaufbau der Neustadter Kanalisation. Indizien dafür sind: In den letzten Jahren kommt es bei starken und länger andauernden Regenfällen, verstärkt zu Überschwemmungen - durch Rückstau der Kanalisation - bei tiefer liegenden Straßen, sowie von Kellergeschossen im Baubestand. Ursache ist die in der Kernstadt aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg stammende und für den damaligen Bedarf ausgerichtete Kanalisation sein. Seitdem fand jedoch, bedingt durch das Bevölkerungswachstum, ein enormer Flächenverbrauch für neue Wohngebiete und eine bauliche Verdichtung (Geschosswohnungsbau) statt, ohne dass dafür eine ausreichende Kapazitätsanpassung erfolgt wäre. Häufig wurden ganze Neubaugebiete einfach an das bestehende System angeschlossen. Ebenso häuft sich die Zahl der (Wasser-)Leitungsbrüche, die auf eine verfallende Substanz der Kanalisation zurück zu führen ist.

Straßenbau

Neustadt hat augenscheinlich, inzwischen wesentlich schlechtere Straßen, wie vergleichbare Städte und Landkreise in der Umgebung.

Deshalb sollten, nach einer erfolgten Kernsanierung des Abwassersystems, in einem ersten Schritt, sämtliche Straßenbeläge der Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen der Kernstadt, sowie der Ortsteile mit neuen und qualitativ hohen Straßenbelägen saniert werden.

Internet

Bedauerlicherweise ist die Stadt Neustadt auch mit der Ausstattung von hochwertigen und zukunftssicheren VDSL-Internetanschlüssen gegenüber den umliegenden Städten und Gemeinden massiv in Rückstand geraten. Dies wirkt sich hemmend auf die Ansiedlung und den Erhalt von Unternehmungen aus, da in den meisten Branchen ein Internetanschluss mit doppelter DSL-Leistung nicht mehr ausreicht. Auch den derzeitigen Ausbau des mobilen LTE-Netzes erachten wir nur als Übergangslösung, da zu fürchten ist, da dessen Übertragungs- Kapazitäten in wenigen Jahren erschöpft sein dürften (analog zum bisherigen Mobilfunkdatennetz, dessen Übertragungsraten immer häufiger massiv einbricht). Diesem Wettbewerbsnachteil im gewerblichen wie im privaten Bereich sollte durch eine flächendeckende Verlegung modernster Glasfaserkabel beseitigt werden. Hierzu bieten sich folgende alternative Strategien an:

- Zweckgebundene Zuschüsse an den Kabelnetzbetreiber und/oder an weitere Internetanbieter.
- Unter der Regie der Stadtwerke baut die Stadt Neustadt ein eigenes Glasfasernetz auf. Die Kosten für diese Investition und den Betrieb können langfristig durch die Vermietung der Leitungen und Gebühreneinnahmen erwirtschaftet werden.“

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- Antrag: Dem Kommunalen Parteiprogramm wird folgender Punkt hinzugefügt:

„Abgasreduzierung in der Innenstadt

Neben dem oben genannten Park & Ride System setzen wir uns für die Förderung von Elektroautos ein, um die Abgasbelastung in der Kernstadt zu reduzieren:
Durch Einrichtung von speziellen Elektroauto-Parkplätzen mit kostenfreier Auflademöglichkeit und durch kostenloses Parken aller Elektroautos auf öffentlichen Parkplätzen, wollen wir ein Zeichen für Neustadt setzen. “

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

- Antrag: Dem Kommunalen Parteiprogramm wird folgender Punkt hinzugefügt:

„**Klemmhof-Situation**

Die Piraten Mittelhaardt sprechen sich gegen die Sanierung des Klemmhofes und der Verschwendung von Steuergeldern aus:

- das Klemmhofprojekt war bereits vor der Sanierung wirtschaftlich nicht mehr tragbar, da es sich um eine veraltete Baukonzeption aus den 70er Jahren handelt.
- die dauerhafte Beseitigung der Mängel, ist aufgrund des nicht lösbaren Grundwasserproblems nicht möglich. Sondern jede diesbezügliche Sanierungsmaßnahme nach 10 Jahren wiederholt werden muss.
- Aus finanzieller Sicht ist es verantwortungslos, dass wie derzeit vorgesehen, Millionen in die Modernisierung des Klemmhofes fließen, ohne dass feststeht, ob die Bauaufsicht eine weitere Nutzung genehmigen wird.
- wir fordern die Einstellung der Modernisierungsmaßnahmen (z.Bsp. Fenstererneuerung) die Aufteilung in ein "Sparkassengrundstück" und den Abriss des Hauptgebäudes (ohne Sparkasse). Für die dadurch gewonnene Fläche soll im Rahmen eines offenen Wettbewerbs, unter Beteiligung der Bürger und nach deren Wünschen, eine neue Nutzung gefunden werden. “

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Top 12: Sonstige Anträge an den Parteitag

- Antrag: Der Kreisvorstand wird damit beauftragt die Beschlüsse redaktionell zu überprüfen und ggf. Grammatik bzw. Rechtschreibfehler zu korrigieren. Der Sinn der Beschlüsse darf dabei nicht verändert werden.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Top 13: Sonstiges

- Diskussion zur Frequenz der Offenen Treffen.

Sonstiges / Schlussbemerkungen

Keine Bemerkungen

Für die Richtigkeit, nach besten Wissen und Gewissen:

Versammlungsleiter

Protokollant

Kreisvorsitzender